

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39  
Telex: 886 848 ppbn d

## Inhalt

Horst Peter MdB zieht  
Schlußfolgerungen aus dem  
Kirchentag für die Parla-  
mentsarbeit: Drei Tage, die  
den Politiker forderten.

Seite 1

Aibrecht Müller MdB stellt  
eine Nachbetrachtung zur  
Feier des 17. Juni im Deut-  
schen Bundestag an: Konse-  
quente Intoleranz.

Seite 3

Otto Reschke MdB fordert  
die Bundesregierung auf,  
Konsequenzen aus ihrem  
eigenen Bau-Bericht zu zie-  
hen: Unsere Städte mensch-  
lich machen.

Seite 4

Egon Lutz MdB zum Tode  
von Bruno Friedrich: Er  
drängte die Partei, über den  
Tag hinaus zu denken.

Seite 6

42. Jahrgang / 114

22. Juni 1987

Drei Tage, die den Politiker forderten

Schlußfolgerungen aus dem Kirchentag für die Parlamentsarbeit

Von Horst Peter MdB

Der Evangelische Kirchentag ist beendet. Was nehmen der Politiker, der als „Christ im Parlament“ das Gespräch mit den Teilnehmern und Teilnehmerinnen des Kirchentages suchte, und die Christen außerhalb der Parlamente, die den Kirchentag besuchten, mit nach Hause? Meine Schlußfolgerung aus den vielen Gesprächen und Diskussionen lautet: **Notwendig** ist eine Parlamentsreform im Interesse des Bürgers. Eine Parlamentsreform, die sich nicht nur um die Verbesserung der Arbeitssituation des Parlaments und der professionellen Politiker bemüht.

Diese drei Tage in Frankfurt forderten die Politiker tatsächlich zum Gespräch mit dem Bürger heraus, wenn sie sich darauf einließen. Diese Gespräche, die hinausgingen über die übliche Einweg-Kommunikation zwischen Politiker und Bürger, die in die legitimatorische Formel „Dialog mit den Menschen draußen im Lande“ gepresst wird, machten deutlich, daß es gegenwärtig eine größer werdende Kluft zwischen Vertretern und Vertretenen zu geben scheint.

Schon die Gesprächsanordnung ließ die Bürger zweifeln: in Frankfurt traten Abgeordnete aller im Bundestag vertretenen Parteien auf, die trotz des gemeinsamen Bekenntnisses im Bundestag wahrlich nicht im Sinne der christlichen Gebote miteinander umgehen. Diese Ebene des Umgangs wurde stärker gewichtet als die feststellbaren sachlichen Differenzen. Die Frage, was nun Politik aus christlicher Verantwortung sein kann und sein sollte, läßt, wie wir wissen, zu verschiedenen Antworten ein. Dies scheint noch eher respektiert und toleriert werden zu können, als der Umgang der Politiker untereinander.

Die sachliche Differenz der Politiker untereinander spielten dann auch für die Bürger und -innen eine geringere Rolle - wenn auch

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Presseunion-Druck  
auf wertvoller Recycling-  
Papier



die gegenüber CDU/CSU geradezu ketzerisch anmutende Position, gerade eine konservative und christlich orientierte Partei müsse besonders besorgt um die Erhaltung der Schöpfung sein, häufig geäußert wurde. Erfreulich in diesem Zusammenhang: Die Politik der SPD wird zunehmend positiver beurteilt. Mein Eindruck ist eher, daß dieser Partei Differenzen als irrelevant erscheinen.

Die kritische Distanz umfaßt alle Parteien, Politiker, alle, die in Gremien mitarbeiten, alle, die an der Macht, gleich ob als Regierung oder als Opposition, beteiligt sind. Diese Distanz geht über eine dichotomische Sicht, die da oben, wir hier unten, die Ein-sich-Befinden in einer als ausweglos, als nicht veränderbar empfundenen Situation ausdrücken will, politisches Desinteresse herbeiführt und bekunden hilft, hinaus. Diese Bürger und -innen sehen in der „offiziellen Politik“ eine abgehobene Ebene, die mit ihnen, den Menschen, nichts zu tun hat. Es ist der Zweifel des politischen Menschen, der in Partei, Staat und Verwaltung gerade nicht Obrigkeit sehen will, gegenüber den Politikern, die Politik als Beruf betreiben. Denen unterstellen sie, nur noch ein instrumentell dingliches Interesse an Politik zu haben, das sie inkorporiert seien in eine Elite. Denen unterstellen sie, daß sie Angehörige einer politischen Klasse sind, die in ihren Funktionen wegen des beliebigen Wechsels der vertretenen Interessen austauschbar seien.

Die wertbezogenen, politisch interessierten Bürger und -innen sehen sich in zunehmender Distanz zu einem politischen System, in dem über das Parlament Konflikte und Interessenausgleich vermittelt werden soll, weil sie die Konflikte und Interessen, die sie in der Gesellschaft sehen, im Parlament nicht mehr vertreten und ausgetragen finden. Sie fordern die im Grundgesetz festgelegte starke Rolle des einzelnen Abgeordneten ein, fordern, daß sich die Abgeordneten nur ihrem eigenen Gewissen verpflichtet fühlen sollen, wenden sich gegen den Fraktionszwang, wollen mehr plebiszitäre Elemente im politischen System verwirklicht sehen, sehen das klassische Verständnis der Gewaltenteilung verletzt. Sie wollen nicht verstehen, daß es in Überlebensfragen und einigen Sachfragen, Friedenspolitik, Umweltpolitik, teilweise in der Sozialpolitik, in der Bevölkerung andere Mehrheiten und auch im Parlament abseits der Koalitionsverträge andere Mehrheiten gibt, die nicht in parlamentarische Mehrheiten umgesetzt werden können. Sie sehen hier die alte Differenz, daß der Gedanke nicht zur Wirklichkeit drängt, und die Wirklichkeit nicht zum Gedanken. In der Sichtweise dieser Bürger und -innen sind die realen gesellschaftlichen Konflikte nur noch Vehikel für die ritualisierte stetige Wiederholung und für das stetige Austragen bekannter und festgeschriebener gegensätzlicher Positionen, Schaufensterräden, Sprechblasen, Hahnenkämpfe der Angehörigen der politischen Klasse untereinander, mit denen sie sich gegeneinander abgrenzen und ihre gegensätzlichen Positionen nach außen legitimieren.

Wie im wirklichen Theater bleiben auch hier der Bürger und die -innen auf die Rolle des Publikums beschränkt, ohne die Möglichkeit des Eingreifens, ohne die Möglichkeit, das von Autor, Regisseur und Schauspieler einstudierte Stück in Ablauf und Ende verändern zu können. Das experimentelle Theater kennt inzwischen die Öffnung zum Publikum und dessen Einbeziehung und gestalterische Mitwirkung. Was dort Spiel ist, sollte es nicht auch möglich sein im wirklichen Leben, dort, wo es wesentlich dringlicher ist?

Die Öffnung zum Bürger, dieses Experiment sollte sich unser parlamentarische System leisten und es sollte mehr sein als nur ein Experiment. Es ist eine Zukunftsfrage für unsere Demokratie.

(22.6.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



Konsequente Intoleranz

Nachlese zur Feier des 17. Juni im Deutschen Bundestag

Von Albrecht Müller MdB

Zur Feier des 17. Juni redete dieses Jahr der amerikanische Historiker Fritz Stern, 1938 mit seinen Eltern vor den Nationalsozialisten geflüchtet, jetzt auf Anregung der SPD-Fraktion vom Deutschen Bundestag als Redner eingeladen. Professor Fritz Stern hielt eine beachtenswerte Rede mit historischem Bezug, durchaus mit Reverenzen für die Arbeiterbewegung, aber auch kritischen Tönen, zum Beispiel zu der von ihm vermuteten Leichtgläubigkeit gegenüber Veränderungen in der Sowjetunion. Alles in allem eine angemessene - wenn man die Pluralität unseres Landes positiv begreift - sogar eine würdige Rede.

Aber die „stille“ Reaktion im Plenum des Deutschen Bundestages war beachtenswert. Sie macht bekloffen. Zugegeben, es gab einige CDU/CSU-Kollegen, die bei der Erwähnung des Namens Marx oder Freiligrath nicht gleich abschalteten. Bemerkenswert war, was sich auf der Regierungsbank tat. Da tuschelte der Bundeskanzler, dem schon an seiner Miene und Gestik anzusehen war, wie lästig ihm die Pflicht war, einem nicht hundertprozentigen Anhänger zuhören zu müssen, mit seinem Außenminister. Akustisch war nicht zu vernehmen, was er Herrn Genscher zu sagen hatte, aber ahnen konnte man es sehr wohl: „Wer hat denn den eingeladen?“ „Haben wir das nötig, nach der Wende?“ „Die Zeiten der Nestbeschmutzung sind doch vorbei, dachte ich!“

Spürbaren Beifall erhielt der Redner bei den Koalitionskollegen insgesamt wohl nur bei der Passage über die mögliche Fehleinschätzung der Entwicklung in der Sowjetunion. Ansonsten viel betretenes Schweigen und bei manchen wohl Eiskälte im Gesicht. Dies, wie gesagt, bei einem differenzierten, gar nicht agitatorischen Vortrag, bei einem Vortrag voller Lob für die Deutsche Geschichte und - wie ich meine - mit zuviel Lob für den Zustand unserer Demokratie heute.

Denn ein Land, dessen Regierung und Regierungskoalition so intolerant reagiert wie der Bundeskanzler an diesem Tag, besitzt keine gefestigte Demokratie. Wir leben in einer armseligen Demokratie, wenn nicht einmal an einem Tag wie dem 17. Juni schon allein der Respekt vor der persönlichen Geschichte und der Klugheit des Redners genügt, Toleranz spüren zu lassen. (—/22.6.1987/rs/tr)

\* \* \*

### Unsere Städte menschlich machen

Die Bundesregierung muß Konsequenzen aus ihrem eigenen Bau-Bericht ziehen

Von Otto Reschke MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für  
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Mit Inkrafttreten des neuen Baugesetzbuches zum 1. Juli 1987 müssen die traditionellen Aufgaben des Städtebaus überprüft werden. Von einem neuen städtebaulichen Leitbild ist die Rede - Stadtentwicklung nach innen gerichtet. Es ist nichts anderes als das klassische Leitbild unserer Stadtentwicklung der vergangenen Jahrzehnte endgültig zu verabschieden. Die Stadtsanierung hat ohnehin schon in den letzten Jahren ihren Charakter geändert. Die Aufgabe der Funktions- und Raumtrennung für Wohnen, Arbeiten und Freizeit in unseren Städten steht an. Flächenverbrauch, Verkehrszunahme, Lärmbelästigung und Abgasimmissionen waren die Auswirkungen des alten städtebaulichen Leitbildes.

Der kürzlich von der Bundesregierung vorgelegte städtebauliche Bericht „Umwelt und Gewerbe in der Städtebaupolitik“ liefert eine Menge Informationen über Umwelt und gewerbepolitische Problemschwerpunkte, Entwicklungstendenzen und Maßnahmen, die anstehen in größeren Städten und Gemeinden.

Der Bericht macht auch deutlich: Die Aufgaben, für eine intakte Umwelt und gesunde Wirtschaftsstruktur zu sorgen, können Bund, Länder und Gemeinden nur gemeinsam bewältigen. Umso bedauerlicher ist es, daß im Bericht praktisch keine Konsequenzen aus der ökologischen und ökonomischen Beschreibung der Situation in den Städten und Gemeinden durch die Regierung gezogen werden. Weder aufgrund der Regierungserklärung noch aufgrund der Koalitionsvereinbarung bleibt erkennbar, was an erforderlichen gesetzgeberischen und finanziellen Maßnahmen der Bund auf den Weg bringen will.

An Entscheidungsbedarf steht viel an:

- Die Fortsetzung der Städtebauförderung ab 1. Januar 1988 zur Förderung von Modernisierung und ökologischer Erneuerung unserer Städte und Gemeinden.
- Hilfen des Bundes bei der Beseitigung von Altlasten.
- Verfügbarkeit von Industriebranchen für die Kommunen, um neuer Bodenversiegelung entgegenzutreten, weil daraus Gewerbe und Grün gleichzeitig entstehen können.
- Verbesserung des Immissions- und Lärmschutzes.
- Wirksame Begrenzung problematischer Betriebe, zum Beispiel Spielhallen, Sex-Shops und Verbrauchermärkte in den Stadtzentren, damit die Versorgung für die Verbraucher sichergestellt werde.



- Stärkung der Investitionskraft von Städten und Gemeinden, zum Beispiel durch eine Revitalisierung der Gewerbesteuer und die Entlastung von der Sozialhilfe.

Der städtebauliche Bericht wurde eingebracht zum Abschluß der Beratungen über das neue Baugesetzbuch. Es ist kaum erkennbar, was die Regierung versteht unter „neuem städtebaulichen Leitbild der Innenentwicklung“. Was sind die Elemente dieses neuen Leitbildes und auf welche Weise kann das Baugesetzbuch die Realisierung einer solchen Zielsetzung unterstützen?

Bei der Verabschiedung des Baugesetzbuches sind ohnehin schon notwendige Konsequenzen für neue Zielsetzungen ausgeschlossen worden. Im Gegenteil: Alles spricht dafür, daß das neue Baugesetzbuch die sinnvolle Stärkung der Innenstädte nicht gerade fördert, zum Teil sogar unterläuft:

- Eine verbindliche Vorschrift des Vorrangs der Innenentwicklung vor der weiteren Zersiedlung des Außenbereichs im Baugesetzbuch wurde abgelehnt.
- Die Verpflichtung der öffentlichen Darlegung der Abwägung von Umweltbelangen und anderen Belangen bei der Planung, zum Beispiel Umweltverträglichkeitsprüfung, wurde abgelehnt. Die Vorschriften für eine ungeplante Innenentwicklung und das Bauen in Außenbereichen geht zu Lasten stadtökologischer Belange und höhlt den Grundsatz des Boden- und Umweltschutzes aus.
- Das neue Baugesetzbuch gibt keine Hilfen für städtebauliche Nachbesserung der hochverdichteten Wohngroßsiedlung und Ansätze zu einer ökologischen vernünftigen Verkehrspolitik.
- Nicht zuletzt bringt das Baugesetzbuch Entdemokratisierung und Bürokratisierung in der Stadtplanung. Es bleibt unverständlich, warum CDU und CSU, aber auch die FDP, den anerkannten Umwelt- und Stadtsportverbänden weiterhin die Teilnahme an der Stadtplanung als Träger öffentlicher Belange verweigern.

Der Ausschuß Raumordnung, Bauwesen und Städtebau wird sich daran machen müssen, den zahlreichen ungeklärten Fragen intensiver nachzugehen. Das städtebauliche Leitbild der Innenentwicklung muß präzisiert werden, die Wirkung des neuen Baugesetzbuches auf die Entwicklung von Umwelt und Gewerbe in den Städten und Gemeinden ist stärker zu untersuchen. Vermutlich werden hier die ersten Reparaturnovellen zum Baugesetzbuch deutlich sichtbar.

Die angekündigte Fortführung der Bundesbeteiligung an der Städtebauförderung würde für viele Gemeinden erst der Anfang sein, den ökologischen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben im Bereich der Stadterneuerung gerecht zu werden.

(-/22.6.1987/vo-he/rs)

. . .



Er drängte die Partei, über den Tag hinaus zu denken

---

Zum Tod von Bruno Friedrich

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken

Ein großer Europäer ist nicht mehr. Frankens Sozialdemokratie hat ihren Vordenker verloren. Wenige Wochen nach seinem 60. Geburtstag starb Bruno Friedrich am Steuer seines PKWs. Eine schwere Krankheit hatte seine letzten Lebensjahre überschattet. Aber Bruno Friedrich war kein Mann, der sich aufgab. Er hat gegen das Leiden gekämpft und um die Erneuerung seiner, unserer Partei.

Im oberfränkischen Helmbrechts geboren, schlug Bruno Friedrich die Laufbahn eines Pädagogen ein, ehe er sich der Journalistik zuwandte. Ein „Lehrer“ ist er Zeit seines Lebens geblieben. Als Mitarbeiter des legendären bayerischen SPD-Landesvorsitzenden Waldemar von Knoeringen erhielt er die entscheidenden politischen Prägungen seines Lebens. Der Bezirk Franken, dessen Vorsitzender er von 1970 bis 1985 war, zog daraus reichen Gewinn. Von 1972 bis 1980 gehörte Bruno Friedrich dem Deutschen Bundestag an und übte als stellvertretender Fraktionsvorsitzender einen Einfluß aus, der weit über das in der Öffentlichkeit bekannt Gewordene hinausging. Elf Jahre hindurch war er Mitglied des Parteivorstandes. Die erste Wahl zum Europäischen Parlament hat er verantwortet.

Bruno Friedrich kann ohne Übertreibung als Europäer mit Leib und Seele bezeichnet werden. Ohne zu zögern entsprach er einer Bitte Herbert Wehners und ging nach Europa, seine einflußreiche Arbeit in der Bundesrepublik aufgebend. In seiner ersten Amtsperiode war er Vizepräsident des neuen parlamentarischen Gremiums. Wiedergewählt mußte er aus Gesundheitsgründen auf dieses hohe Amt verzichten. Nun hat ihn der Tod aus seinen vielen politischen Aufgaben gerissen.

So ein Lebenslauf kann nur unvollkommen den Politiker Bruno Friedrich schildern. Dieser Mann drängte die Partei, über den Tag hinaus zu denken. Leidenschaftlich - und auch gegen den Willen von Partei-Oberem - kämpfte er darum, daß sich die SPD ein neues Grundsatzprogramm gibt. Seine Idee hat sich durchgesetzt, das neue Programm wird gerade in der Partei diskutiert.

Er, der Vordenker, empfand sich immer und zuerst als Partei-Arbeiter. Hier war ihm kein Weg zu weit und kein Termin zu gering, um die Botschaft einer modernen Sozialdemokratie weiter zu tragen. Daß er am Steuer seines PKWs einem Herzinfarkt erlag, hat so fast schon symbolhafte Bedeutung.

Nun ist er nicht mehr. Am Freitag wird er begraben. Wir verneigen uns in Dankbarkeit vor einem großen Sozialdemokraten, der mit Leidenschaft über den Tag hinaus dachte. Für den die Partei Heimat, ja eigentlich sein Alles war.

(-/22.6.1987/vo-he/rs)

\* \* \*

